

**Tagesordnung 1 Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 08.02.2006**

Vorlage Nr. 05-F-01-0099

- ***Bessere Finanzausstattung der Kommunen durch das Land Hessen  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 06.12.2005 -  
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:***

***Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass das Land Hessen die Konsolidierungsanstrengungen der Kommunen unterstützt, indem es seinerseits einen angemessenen Beitrag zu ihrer Finanzausstattung leistet.***

***Dies gilt insbesondere für***

- ***die Einrichtung eines Stabilisierungsfonds nach dem Beispiel von Rheinland Pfalz, durch den sicher gestellt wird, dass die Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich jährlich mindestens mit 1,0 % zunehmen,***
- ***keine weitere Kürzung des Sozialhilfelastenausgleichs und des Jugendhilfelastenausgleichs***

***und***

- ***die vollständige Weiterleitung der den Kommunen zustehenden Entlastungen durch Hartz IV beim Wohngeld.***

***Der Magistrat wird aufgefordert, diese Forderungen direkt den Wiesbadener Landtagsabgeordneten, den Fraktionen des Hessischen Landtags und dem Hessischen Städtetag zu übermitteln.***

---

**Beschluss Nr. 0081**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion wird in der folgenden Fassung angenommen:

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass das Land Hessen die Konsolidierungsanstrengungen der Kommunen unterstützt, indem es seinerseits einen angemessenen Beitrag zu ihrer Finanzausstattung leistet.

Dies gilt insbesondere für

- keine Kürzungen der Schlüsselzuweisungen,
- keine weitere Kürzung des Jugendhilfelastenausgleichs,
- das Nachfolgesystem des Sozialhilfelastenausgleichs, das ebenfalls keine weitere Kürzung hinsichtlich des Gesamtvolumens erfahren darf . Hier ist eine Verteilung innerhalb Hessens zu finden, die der jeweiligen realistischen Fallzahlenentwicklung genauso wie der höheren

Kostenstruktur bei den Unterkunftskosten in den Ballungsräumen gerecht wird

und

- die vollständige Weiterleitung der den Kommunen zustehenden Entlastungen durch Hartz IV beim Wohngeld.

Der Magistrat wird aufgefordert, diese Forderungen direkt den Wiesbadener Landtagsabgeordneten, den Fraktionen des Hessischen Landtags und dem Hessischen Städtetag zu übermitteln.

(erster Dickpunkt gestrichen, zweiter Dickpunkt geändert durch den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung)

## **Tagesordnung II**

Wiesbaden, .02.2006

Winkelmann  
Vorsitzender